



Asien-Newsletter

25. September 2014

Inhaltverzeichnis		Seite
<i>China</i>	<i>Immer mehr Lebensmittelskandale</i>	<i>1</i>
	<i>Klage gegen Internetanbieter wird verhandelt</i>	<i>2</i>
	<i>Renminbi-Clearing-Bank eröffnet</i>	<i>2</i>
	<i>Wenig Transparenz bei Anti-Monopol-Verfahren</i>	<i>3</i>
<i>Hongkong</i>	<i>Erhoffte Wahlreform gescheitert</i>	<i>4</i>
<i>Indien</i>	<i>Der neue Saubermann Indiens</i>	<i>5</i>
	<i>Problemborg für Indiens neuen Premier</i>	<i>6</i>

China

Immer mehr Lebensmittelskandale

Die Lebensmittelskandale in China reißen nicht ab. Kürzlich wurden von Behörden bei Firmen-Razzien 30.000 Tonnen Hühnerfüße beschlagnahmt, die in Wasserstoffperoxid gebleicht wurden, um weiß und damit frisch auszusehen. Wasserstoffperoxid kann man in konzentrierter Form auch als Komponentenraketen-treibstoff einsetzen. China war empört, zumal seine Bürger mit Hingabe Hühnerfüße sogar als Snacks kauen. Des Weiteren wurden im Land der leidenschaftlichen Esser in den letzten Jahren Blei im Tee, Kadmium im Reis oder Malachit in Meeresfrüchten nachgewiesen, und das sind nur Beispiele. Peking setzte nicht umsonst zu Jahresanfang bei Herausgabe des jährlichen Wegweisers den Punkt Lebensmittelsicherheit an die Spitze der Liste. Im letzten Jahr wurden über 14.000 Personen festgenommen, davon einer, der Tonnen von

aus Gullis gesammeltem recyceltem Speiseöl für etwa 12 Millionen Euro an Restaurants verkauft hatte.

Besser verdienende Chinesen kaufen bereits möglichst viele importierte Lebensmittel. Auch Biogemüse ist gefragt, aber mit dem Wirtschaftsaufschwung wurden in den letzten Jahrzehnten so viele Böden sowie das Wasser mit Schwermetallen und anderen Giften verseucht, dass die Produkte ebenfalls zweifelhaft sind. Verantwortlich für die Skandale seien mangelnde Transparenz und fehlende Überwachung durch unabhängige Medien und die Justiz. Der bekannte Aktivist Wu Heng empfiehlt in seinem neuen Sachbuch zur Lebensmittelkrise ganz ernsthaft, nicht zu viel vom gleichen Produkt zu essen, sondern lieber ab und zu „die Gifte zu wechseln“.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, 28.08.2014
<http://www.sueddeutsche.de/wissen/lebensmittelskandal-in-china-anschein-bleicher-frische-1.2104511>

Klage gegen Internetanbieter wird verhandelt

Über drei Monate nach dem 25. Jahrestag des Tiananmen-Massakers ist in China der Zugang zu Google, Facebook und YouTube immer noch gesperrt. Davon sind etwa 1,3 Milliarden Chinesen betroffen. Genauso verboten ist die Seite der „New York Times“, die über Vermögen auf Konten der chinesischen Führung berichtete. Jetzt klagte der 26-jährige Wang Long aus Shenzhen gegen seinen Internetanbieter, den Staatskonzern China Unicom mit einem jährlichen Umsatz von 36 Milliarden Euro gegen die Sperrung von Google, und ganz überraschend kam es zur Verhandlung, die sogar öffentlich war. Das ist an sich schon eine Sensation, und Wang ist auch sehr zufrieden, selbst wenn die Klage wohl abgewiesen wird. Täglich werden von etwa 2 Millionen Zensoren unzählige Internetseiten gesperrt; nach welchen Kriterien, darüber hüllt sich Peking in Schweigen. Die parteifreundliche Zeitung „Global Times“ meint, Wang solle doch besser Google verklagen, endlich wieder seine Dienste in China anzubieten. Von 2006 bis 2010 operierte Google in China und akzeptierte die Internetzensur. Seit 2010 leitet es Suchanfragen aus Festlandchina auf die unzensurierte Suche in Hongkong um. Bei einem telefonischen Interview mit der „faz“ bezeichnete sich der Bauernsohn Wang als

Querkopf seit Kindeszeit. Weder trat er brav in den kommunistischen Jugendverband ein, noch fiel ihm der Umgang mit Menschen leicht. Seine Computerfirma ging pleite, ihm fehle das Gespür für Geschäfte. Chinesisches Recht brachte er sich im Selbststudium bei, Juraprüfungen legte er an der Abendschule ab. Zur Zeit lebt er von Ersparnissen und lehnt auch Spenden seiner Fangemeinde nicht ab. Der höfliche Wang betont, er fühle sich weder bedroht, noch unter Druck gesetzt. Es täte ihm leid, Unicom in eine so peinliche Lage zu bringen, aber das sei einfach nötig gewesen. Die Sperrung von Google sei ihm unverständlich, damit müsse endlich Schluss sein. Als er vor der Verhandlung seinen Fall auf dem Kurznachrichtendienst Weibo schilderte, meinten viele, seine Klage sei Zeitverschwendung, er wolle sich nur wichtig machen. Wang sagt, er wolle ein Bewusstsein schaffen und sähe nicht ein, warum er 70 Dollar zahlen solle für den einzigen Google Zugang durch ein privates virtuelles Netzwerk. Er selbst hätte zwar keine Zeitungen kontaktiert, bekäme aber sehr viele Anrufe von Journalisten.

Quelle: FAZ; 11.09.2014
<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/menschen-wirtschaft/zensur-der-chinese-der-endlich-wieder-googeln-will-13146428.html>

Renminbi-Clearing-Bank eröffnet

In Frankfurt wurde die Renminbi-Clearing-Bank eröffnet; damit können nun Geldhäuser und Unternehmen über die Bank of China in Frankfurt Geschäfte in der chinesischen Währung tätigen. China will damit Handelshürden aus dem Weg räumen. Zusätzlich wurde eine Kooperation mit der Deutschen Bank vereinbart, um zukünftig mehr Geschäfte zwischen Deutschland und China in Renminbi durchzuführen. Die Bank of China will die Internationalisierung der Währung

vorantreiben; Frankfurt soll dafür ein wichtiger Handelsplatz werden. Auch in Luxemburg und London sind Renminbi-Clearing-Banken geplant. Damit ist die Internationalisierung der Währung nicht mehr aufzuhalten, der Renminbi mit der Währungseinheit Yuan soll als feste Größe neben dem Euro und dem Dollar etabliert werden.

Quelle: Zeit, 11.08.2014 von Felix Lee
<http://blog.zeit.de/china/2014/08/11/chinas-militaer-verstopft-den-luftraum/>

Wenig Transparenz bei Anti-Monopol-Verfahren

Immer mehr ausländische Firmen beklagen sich über vermehrte Anti-Monopol-Ermittlungen durch die Nationale Entwicklungs- und Reformkommission. Es gäbe ja vielleicht gute Gründe für die Verfahren, diese seien aber äußerst undurchsichtig, da keine genauen Vorwürfe formuliert würden, und damit keine Möglichkeit gegeben sei, entsprechend darauf zu reagieren. Es wird bemängelt, dass vornehmlich ausländische Firmen von Chinas Preiswächtern als Schuldige abgestempelt würden. Es wird außer bei Microsoft auch gegen Audi, Daimler, Porsche und BMW ermittelt. Die Konzerne hätten den Vertragshändlern Mindestpreise diktiert und die Werkstätten unter Druck gesetzt, die Ersatzteile nur über den Konzern zu beziehen. Japans Autozulieferer wurden wegen verbotener Preisabsprachen zu einer Strafe von umgerechnet etwa 151 Millionen Euro verdonnert.

Ausländische Autobauer senkten nun schnell die Preise für Ersatzteile, um die Ermittler gnädig zu stimmen, die amerikanische Handelskammer erwägt sogar eine Klage gegen China vor der Welthandelsorganisation. Peking weist die Vorwürfe zurück, die Ermittlungen seien der einzige Weg zu einem faireren Wettbewerb. Die etwa 1800 Mitgliedsunternehmen der EU Kammer beklagen, dass viele Branchen in China für internationale Firmen noch tabu wären. Durch diese Marktbeschränkungen entgingen den Unternehmen jährlich etwa 23 Milliarden Euro. Generell herrscht die Meinung, dass sich die Zeiten der großen China-Geschäfte für multinationale Konzerne wohl dem Ende zuneigen.

Quelle: FAZ, 09.09.2014
<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/chinas-superbehoerde-ndrc-und-die-deutschen-autobauer-13143628.html>



ASIEN
BESSER
VERSTEHEN

Interkulturelle
Seminare
2014

黃道歐盟工作室
HUANG + JAUMANN

Hongkong

Erhoffte Wahlreform gescheitert

2017 wird das Jahr der ersten Direktwahl des Regierungschefs von Hongkong, aber: Hongkonger dürfen zwar direkt wählen, aber Peking sucht die geeigneten Kandidaten aus. Damit ist relativ sicher, dass Regierungskritiker nicht auf der Kandidatenliste stehen werden. Prodemokratische Aktivisten demonstrierten nach Bekanntgabe der Entscheidung vor Hongkongs Regierungssitz. Wegen einer gesetzeswidrigen Versammlung wurden mindestens 22 Demonstranten festgenommen, die vor dem Hotel des Volkskongress-Abgeordneten Li Fei protestiert hatten nach dessen Erklärung, dass Peking keinen chinakritischen Hongkonger Verwaltungschef akzeptieren werde. Solche Demonstrationen wären in Festlandchina undenkbar. Die Bürgerbewegung „Occupy-Central“ bedauert das Scheitern der erhofften Wahlreform und kündigte eine Ära des zivilen Ungehorsams an, unter anderem die seit langem angedrohte Besetzung des Finanzdistrikts. Man befürchtet, dass sich die gesellschaftlichen Konflikte zuspitzen werden. Peking warnte vor der geplanten Besetzung und einem möglichen resultierenden „Blutbad“. Ein 1200 Mitglieder umfassendes Komitee wird zwei

oder drei Kandidaten auswählen, die vor allem das Land und Hongkong „lieben müssen“ und treu zur kommunistischen Führung stehen, entschied der Volkskongress. Vor einiger Zeit schon hatten sich demokratische Parteien und Bürgerbewegungen für eine offene Nominierung von Kandidaten engagiert, damit auch Oppositionsgruppen Kandidaten aufstellen können. Peking sieht dies als Gefahr für Hongkongs Stabilität, außerdem kritisierte das Außenministerium, dass dann ausländische Kräfte Hongkong als Brückenkopf benutzen würden, um China zu infiltrieren. Hongkong hat seit der Rückgabe an China 1997 einen Sonderstatus unter dem Motto „Ein Land, zwei Systeme“ mit mehr Freiheiten als Festlandchina.

Im benachbarten Macao, ebenso wie Hongkong eine chinesische Sonderverwaltungszone, dürfen die 600.000 Einwohner auch nicht frei wählen. Der Versuch von Aktivisten, wie in Hongkong ein inoffizielles Referendum über mehr Demokratie abzuhalten, wurde von der Polizei verhindert.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, 31.08.2014
<http://www.sueddeutsche.de/politik/hongkong-pekung-untersagt-freie-wahlen-1.2110757>
FAZ, 02.09.2014
<http://www.faz.net/aktuell/demokratiebewegung-in-hongkong-chinesische-polizei-nimmt-22-demonstranten-fest-13130906.html>

黃道聯盟工作室
HUANG + JAUMANN

Kulturelle Kompetenz trägt zu unternehmerischer Wertschöpfung bei

China-Projekte optimal gestalten und durchführen

- Systemische PM-Beratung und Echtzeit-Controlling
- Interkulturelles Training
- Führungskräfte Coaching

MANAGEMENT KNOW-HOW FÜR CHINA-PROJEKTE

www.huang-jaumann.de

Indien

Der neue Saubermann Indiens

Indiens neuer Premier und Hindu-Nationalist Narendra Modi hat dem Land einen neuen Aufbruch versprochen und der selbstgefälligen Bürokratie samt Korruption und Willkür den Kampf angesagt. Er arbeitet am Wirtschaftsaufschwung und scheut sich auch nicht, das von den meisten Politikern verharmloste Thema der Gewalt gegen Frauen beim Namen zu nennen und als Schande für das Land scharf zu verurteilen.

Modi wünscht Pünktlichkeit und Disziplin, allem voran in den Ämtern, und geht als fleißiger Arbeiter mit gutem Beispiel voran. Viele Inder wollten so einen starken Mann als Premier, aber andere sind misstrauisch, ob er in dem Riesenstaat, bekannt für seine Schwerfälligkeit bei Neuerungen, diese Ziele erreichen kann. Sein Wahlkampf-Slogan „Erst die Toiletten, dann die Tempel“ war der Anfang einer Offensive gegen mangelnde Hygiene in einem Land, wo nur etwa die Hälfte der Bevölkerung Zugang zu einer Toilette hat. Innerhalb eines Jahres sollen nun alle Schulen Toiletten mit eigenen Abteilungen für die Mädchenerhalten. Er will Schluss machen mit dem Müll in den Straßen und sogar den völlig verschmutzten Ganges reinigen lassen.

Modi regierte vor seiner Wahl zum Premier immerhin zwölf Jahre lang mit starker Hand seinen Bundesstaat Gujarat. Die Wirtschaft ist seit

April um 5,7% gewachsen, ausländische Investoren interessieren sich wieder für Indien. Modi hat bereits ausländische Direktinvestitionen im Eisenbahnbau und der Rüstung erleichtert, und das sei erst der Anfang, versprach er.

Die Erwartungen an Modi sind gigantisch; es herrschen Zweifel, ob er trotz vielversprechender Anfänge die wirtschaftliche Wende bewirken kann. Viele fürchten auch um die religiöse und kulturelle Toleranz Indiens. Die Hardliner seiner Parteiwürden Stimmung gegen die größte Minderheit Indiens, die etwa 200 Millionen Muslime machen. Hindu-nationalistische Sittenwächter mit rechtsnationaler Ideologie verstehen sich als religiös-nationale Erweckungsbewegung und wecken Ängste. Religiöse Zusammenstöße haben zugenommen, Kampagnen unter dem Motto billiger Klischees („Muslime rauben Hindu-Töchter, um sie zu Muslimen zu machen“) sollte Modi besser verurteilen um noch mehr Spannungen zu vermeiden.

Es wäre zu früh zu beurteilen, ob Modis Kampf gegen Indiens Armut und das verkrustete, korrupte System Erfolg haben und ihm tatsächlich eine Wirtschaftsreform und Wende gelingen wird.

Quellen: Süddeutsche Zeitung, 03.09.2014
<http://www.sueddeutsche.de/politik/indiens-premier-modi-zuchtmeister-fuer-ein-milliardenvolk-1.2113487>

Problembereich für Indiens neuen Premier

Indiens neuer Premier Narendra Modi plant eine revolutionäre Neuerung für Indiens Landbevölkerung. Er will dafür sorgen, dass fast jeder Inder ein Bankkonto und Kredite zu fairen Bedingungen erhält. Bisher wurden etwa 73% der armen Landbevölkerung fast gänzlich von der Kreditvergabe ausgeschlossen, was dazu führte, dass sie bei Kreditanträgen landeten, die immense Zinsen berechnen. Immer mehr Bauern nehmen sich aus Verzweiflung das Leben. Von Indiens 247 Millionen Haushalten haben nur circa 145 Millionen ein Bankkonto. Obwohl das Kastenwesen offiziell abgeschafft ist, werden die unteren Gesellschaftsschichten, die „Unberührbaren“, immer noch als Ausgestoßene behandelt, auch wirtschaftspolitisch. Keiner will sich mit ihnen abgeben. Modis Reformpläne haben zwar Mehrheiten im Parlament, aber bisher bewies er sich nur in seinem eigenen Bundesstaat als wirtschaftlicher „Macher“. Bei seinen aktuellen Plänen ist er jedoch auf die Zusammenarbeit anderer Bundesstaaten angewiesen, da er regionale Genehmigungen benötigt und sich mit der desolaten Infrastruktur Indiens auseinandersetzen muss. Seine hindu-nationalistisch

ausgerichtete Partei wird von den muslimischen und christlichen Minderheiten noch mit Misstrauen betrachtet, Modi wird sich nicht nur als „Macher“, sondern auch als „Versöhner“ beweisen müssen.

Die schwachen, wirtschaftlichen Zuwachsraten der vorherigen Regierung zeigen seit Modis Amtsantritt im zweiten Quartal mit 5,7% im Vergleich zum Vorjahr einen Aufwärtstrend. Die Landeswährung fängt an, sich zu erholen; auch ausländische Investoren, die Indien aufgrund maßloser Korruption und Bürokratie oft mieden, zeigen wieder wachsendes Interesse. Indiens größtes wirtschaftliches Problem ist der Engpass in der Energieversorgung, die Reserven der Kohlekraftwerke sind fast aufgebraucht. Obwohl die Industrie unter Zahlungsrückständen leidet, will Modi aber keine finanzielle Unterstützung leisten. Seine anstehenden Aufgaben sind überwältigend, zumal seine große Wählerschaft, die aus vielen jungen Leuten besteht, schnell ungeduldig werden könnten, sollte ihnen Modi nicht sehr bald eine Perspektive bieten.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, 08.09.2014
<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/indien-ein-konto-fuer-die-verstossenen-1.2119103>

Redaktion: Ulli Jenisch

Kostenlose Abonnement : newsletter@huang-jaumann.de

Huang+Jaumann Wirtschaftsbüro

Bauerntanzgässchen 1, D- 86150 Augsburg
Fon: 49-821-31 99 840
Email. info@huang-jaumann.de
Web. www.huang-jaumann.de

Beratungsleistungen für China/Taiwan:

Organisation - Integration & Change-Management
Projektmanagement - Durchführung & Echtzeit-Controlling
Training - Interkulturelles Asien-Seminar & Coaching